



Neues aus Düsseldorf

Der Landtagsnewsletter von Serdar Yüksel, Carina Gödecke und Karsten Rudolph

Wir wollen ein #SozialesEuropa

Die Europawahlen am 26. Mai sind nicht mehr fern. In dieser Woche starten wir daher verschiedene parlamentarische Initiativen für ein #SozialesEuropa, so fordern wir u.a. anlässlich des [Equal Pay Day gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit](#) und verlangen von der Landesregierung, dass sie sich im Rahmen ihres Vorsitzes der Europaministerkonferenz für ein EU-weites Lohngerechtigkeitsgesetz einsetzt.

Mit [unserer Erklärung gegen Rassismus und Diskriminierung](#) beziehen wir klar Stellung gegen Europafeinde und erinnern an die Werte, denen sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verpflichtet haben.

Gerade der Sport bietet uns immer wieder Möglichkeiten, Grenzen zu überwinden und unsere gemeinsamen Werte miteinander zu leben. [Wir fordern die Landesregierung daher auf, die europäische Dimension des Sports stärker mit Leben zu füllen.](#)

Darüber hinaus muss sich die Landesregierung aus unserer Sicht mehr in die Debatte um [die Digitalisierung der Europäischen Union](#) einmischen. Zu einer intelligenten Regulierung von Internetgiganten gehört auch eine gerechte Abgabe. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie sich intensiv in diesen Prozess einbringt und auf eine schnelle Umsetzung einer Digitalsteuer hinwirkt.

Bessere Arbeitsbedingungen für Paketzusteller!

In der Zustellbranche werden immer wieder unzumutbare Arbeitsbedingungen öffentlich. Für die mehr als 490.000 Beschäftigten in den Zustelldiensten werden Arbeitnehmerrechte und Arbeitsschutz scheinbar systematisch unterlaufen. Bisher können sich die Paketdienste damit herausreden, dass sie die Einhaltung von Vorschriften verlangen und geben die Verantwortung an die Subunternehmen weiter. Die Einführung einer Nachunternehmerhaftung ist erforderlich, um die zum Teil mafiosen Strukturen in der Paketzustellbranche zu unterbinden. Der Bundesarbeitsminister will gegen die Ausbeutung von Paketboten vorgehen. Das Land Niedersachsen hat dazu jetzt eine Bundratsinitiative gestartet. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung dazu auf, diese Initiative zu

unterstützen, um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der Zustellbranche zu verbessern. [Drucksache 17/5372](#)

Minderjährige und Schwangere vor Passivrauchen schützen

Dass Passivrauchen noch gesundheitsschädlicher ist als aktives Rauchen, ist mittlerweile nachgewiesen. Besonders gefährdet sind Kinder, Jugendliche und Schwangere. Und nirgendwo gilt das mehr als im Auto. Es ist kaum überraschend, dass selbst 67 Prozent der befragten Raucherinnen und Raucher dafür plädieren, das Rauchen im Auto zu verbieten. Der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags kam zu dem Ergebnis, dass ein Verbot und die entsprechende Sanktionierung nach deutschem Recht verfassungskonform wären. Auf unsere Initiative hin ist es gelungen, gemeinsam mit den Fraktionen von CDU, FDP und Grünen im Plenum einen entsprechenden Antrag zum Schutz von Minderjährigen und Schwangeren zu beraten. Zudem fordern wir die Landesregierung auf, über den Bundesrat einen Gesetzentwurf hierzu einzubringen. [Drucksache 17/5368](#)

Verlängerung des Hochschulpakts – nicht im Hinterzimmer!

Der Hochschulpakt soll durch die Zusammenarbeit von Bund und Ländern zu einer verstärkten Förderung von Wissenschaft und Hochschulbildung beitragen. Damit erhalten die Hochschulen in NRW finanzielle Planungssicherheit, um für optimale Bedingungen in Forschung und Lehre zu sorgen. Aktuell finden die Beratungen über die Verlängerung und finanzielle Neuausrichtung des Paktes statt, und zwar weitgehend unter Ausschluss des nordrhein-westfälischen Landtages und der Hochschulen in NRW. Bisher informiert die Landesregierung weder über den aktuellen Sachstand noch legt sie ihre eigene Verhandlungsposition und -ziele offen. Mit unserem Antrag fordern wir sie zur Transparenz auf! [Drucksache 17/5375](#)

Artenvielfalt in NRW erhalten

Die Artenvielfalt von Insekten ist dramatisch bedroht. Vor allem Wildbienen und Schmetterlinge, aber auch Amphibien, Reptilien, Fische und Vögel sind betroffen. Der Verlust der Arten und die daraus resultierende Störung des biologischen Gleichgewichts haben auch negative Folgen für uns Menschen. Die von der Landesregierung angekündigten Änderungen des Landesnaturschutzgesetzes, des Landeswassergesetzes und des Landesentwicklungsplans sind allerdings bisher nur ein naturschutzpolitischer Rückschritt. Wir fordern in einem gemeinsamen Antrag mit den Grünen die Landesregierung auf, ihre Verantwortung für die Sicherung der Artenvielfalt ernst zu nehmen und sich für den Erhalt des Artenreichtums einzusetzen. [Drucksache 17/5380](#)

SPD



Carina Gödecke MdL



0234/9230756



@carinagoedecke



carina.goedecke@landtag.nrw.de



Karsten Rudolph MdL



0234/79432662



@karsten.rudolph.nrw



karsten.rudolph@landtag.nrw.de



Serdar Yüksel MdL



02327/9913945



@Serdar.SPД



serdar.yueksel@landtag.nrw.de

Ihre Bochumer Abgeordneten im Landtag NRW